

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach und Fraktion (FDP)**

vom 08.12.2020 12:05:04

Weitere Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

Drs. 000

Der Landtag wolle beschließen:

Wie befürchtet, haben die von der Staatsregierung ergriffenen Maßnahmen nicht zu einem spürbaren landesweiten Rückgang der Infektionszahlen geführt. Vielmehr kommt es weiter zu starken, diffusen Infektionsgeschehen mit zahlreichen regionalen Hotspots. Die Belastung des Gesundheitssystems spiegelt sich in der steigenden Zahl der hospitalisierten COVID-19 Patienten wider.

Die Zahl der täglichen Corona-Todesfälle in Bayern hat ein erschreckendes Ausmaß angenommen, wobei vor allem die ältere Bevölkerung betroffen ist. Der Schutz der Risikogruppen, insbesondere in Alten- und Pflegeheimen, kommt in der Corona-Strategie der Staatsregierung immer noch zu kurz.

Der Landtag ruft die gesamte Bevölkerung zur disziplinierten Mithilfe auf und bittet darum, alle unnötigen Kontakte zu vermeiden sowie die Abstands- und Hygieneregeln weiter konsequent zu befolgen. Zwischen Weihnachten und Dreikönig sollten öffentliche Nahverkehrsmittel nur genutzt werden, wenn dies unbedingt erforderlich ist, und dann nach Möglichkeit nur mit FFP2-Masken. Der Landtag ruft die bayerischen Unternehmen, sofern keine zwingenden betrieblichen Gründe dagegen sprechen, zu Betriebsschließungen zwischen Weihnachten und Dreikönig auf. In Verbindung mit den Schulferien würde dies die Wirkung eines zweiwöchigen „natürlichen Lockdowns“ entfalten, der ohne weitere staatliche Zwangsmaßnahmen auskäme. Der Landtag hofft, dass dies bis Mitte Januar zu einem spürbaren Rückgang der Neuinfektionen führt, so dass eine erneute Debatte über weitere Verschärfungen bis hin zu einem harten Lockdown vermieden werden kann.

Einige der Maßnahmen, die die Staatsregierung für Bayern mit Wirkung ab 9. Dezember 2020 beschlossen hat, sind längst überfällig und wurden bereits mehrfach auf Antrag der Oppositionsfraktionen im Bayerischen Landtag diskutiert. Der Landtag begrüßt und unterstützt folgende Maßnahmen:

- Wechsel- bzw. Distanzunterricht ab der 8. Jahrgangsstufe. Voraussetzung dafür ist, dass ein qualitativ hochwertiger Fernunterricht sichergestellt ist. Zudem sind die Klassenzimmer zeitnah mit Raumluftreinigern auszustatten.
- Aufrechterhaltung der Kontaktbeschränkungen auch über Silvester und Neujahr gelten dagegen keine Sonderregelungen.
- Verstärkte Kontrollen bei Handels- und Dienstleistungsbetrieben mit Blick auf die Einhaltung des Mindestabstands, der zulässigen Kunden pro Verkaufsfläche sowie der Maskenpflicht.

- Maskenpflicht und Gesangsverbot bei allen Gottesdiensten sowie Maskenpflicht für alle Beteiligten bei sämtlichen Versammlungen nach dem Bayerischen Versammlungsgesetz.
- Besseren Schutz für Altenheime und Seniorenresidenzen sowie Pflege- und Behinderteneinrichtungen, insbesondere durch Schnelltests und FFP2-Masken als Zugangsvoraussetzung für Besucher sowie regelmäßige Tests für die Beschäftigten. Die Staatsregierung muss hierbei die Einrichtungen bei der Umsetzung der Testkonzepte durch die Bereitstellung von mobilen Teams, die die Testungen von Besuchern und Mitarbeitern vornehmen, unterstützen.
- Umgehende bayernweite Verwendung eines einheitlichen digitalen Programms durch die Gesundheitsämter. Sobald sich abzeichnet, dass eine vollständige Kontaktnachverfolgung nicht mehr gewährleistet werden kann, sind die Gesundheitsämter verpflichtet, um personelle Verstärkung etwa durch Kräfte von Polizei und Bundeswehr zu ersuchen. Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, externe Dienstleister wie z.B. Reisebüros für die Kontaktnachverfolgung von Corona-Fällen bei den Gesundheitsämtern zuzulassen und zu finanzieren.
- Grundsätzliche Genehmigung von Homeoffice in vollem Umfang der individuellen Arbeitszeit bei jedem staatlichen Dienstposten, der mindestens zu 50 % für Homeoffice geeignet ist.

Darüber hinaus fordert der Landtag die Staatsregierung auf, in den kommenden Wochen lokale Massentestungen in den Landkreisen und Städten Bayerns durchzuführen, in denen die 7-Tages-Inzidenz der Corona-Infektionen einen Wert von 200 pro 100.000 Einwohner übersteigt. Die Massentests sollen mit Hilfe von PoC-Antigen-Tests durchgeführt und bei positivem Ergebnis mit PCR-Test abgesichert werden. Sie sollen ein freiwilliges Angebot für die Bevölkerung darstellen.

Die Regelungen zu landesweiten Ausgangsbeschränkungen, zur erweiterten Ausgangssperre in Hotspots sowie zur Einreise-Quarantäne für den kleinen Grenzverkehr hält der Bayerische Landtag für unverhältnismäßig.

Begründung

Begründungstext